

Selin Kilic

Politische Selbst- organisierung junger Erwachsener

Eine qualitative Studie
zu kollektiven Aushandlungen
von Gruppenprozessen

Jugendforschung

herausgegeben von

Sabine Andresen | Ullrich Bauer | Merle Hinrichsen | Anja Schierbaum |
Andreas Zick

Im Namen des Zentrums für Kindheits- und Jugendforschung

Die Reihe Jugendforschung existiert seit über drei Jahrzehnten im Verlag Beltz Juventa und fungiert als prominenter Publikationsort für grundlagen- und anwendungsorientierte Beiträge. Das Spektrum umfasst Monographien und Sammelbandpublikationen, die empirische, theoretische und Praxisperspektiven in der interdisziplinären Diskussion über Jugend bearbeiten. Die Reihe versteht sich als Impulsgeber für die Beschreibung neuer Themenfelder. Sie adressiert neben der Fachöffentlichkeit interessierte Leser:innen mit propädeutischen und einführenden Studien. Die Reihenherausgeber:innen wollen die Diskussion über innovative Bereiche der Jugendforschung auch in einer dialogischen Form vorantreiben. Autor:innen sind eingeladen, ihre Publikationsideen vorzustellen.

Die Autorin

Selin Kilic, Dr. phil., ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Marie Meierhofer Institut für das Kind. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind Methoden qualitativer Sozialforschung, Kindheits- und Jugendforschung sowie Familienforschung und Intergenerationalität.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronische Systeme.



Dieses Buch ist erhältlich als:

ISBN 978-3-7799-8126-8 Print

ISBN 978-3-7799-8127-5 E-Book (PDF)

ISBN 978-3-7799-8128-2 E-Book (ePub)

1. Auflage 2024

© 2024 Beltz Juventa

in der Verlagsgruppe Beltz · Weinheim Basel

Werderstraße 10, 69469 Weinheim

Alle Rechte vorbehalten

Herstellung: Myriam Frericks

Satz: xerif, le-tex

Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe, Bad Langensalza

Beltz Grafische Betriebe ist ein klimaneutrales Unternehmen (ID 15985–2104-100)

Printed in Germany

Weitere Informationen zu unseren Autor:innen und Titeln finden Sie unter: www.beltz.de

Inhalt

Vorwort der Reihenherausgeber:innen	11
Dank	13
1 Einleitung	15
1.1 Forschungs- und Diskussionsstand zu politischer Selbstorganisation	18
1.2 Design und Fragestellung der Studie	27
1.3 Aufbau und Gliederung der Arbeit	29
2 Theoretische Grundlagen	31
2.1 (Politische) Selbstorganisation als soziale Vergemeinschaftung	32
2.2 Jugendtheoretische Perspektiven auf Vergemeinschaftung	40
2.2.1 Peer-Groups als jugendspezifische Vergemeinschaftung: Eröffnung von Möglichkeits- und Erfahrungsräumen	43
2.2.2 Kollektive Gegenentwürfe in Peer-Groups: Antworten und Bewältigungsformen gesellschaftlicher Verhältnisse	48
3 Methodologische Überlegungen	60
3.1 Das interpretative Paradigma	60
3.2 Eine Ethnografie im Stil der Grounded-Theory-Methodologie	61
4 Methodisches Vorgehen	66
4.1 Datenerhebung	66
4.1.1 Ethnografie als Erhebungsmethode	67
4.1.2 Natürliche und geleitete Gruppendiskussionen	82
4.1.3 Problemzentrierte Interviews	85
4.1.4 Weitere Dokumente	87
4.1.5 Datenkorpus	88
4.2 Auswertung und Integration einer Grounded Theory	88
4.2.1 Kodierschritte der Grounded-Theory-Methodologie	88
4.2.2 Schlüsselkategorien und Theoretisierung: Darstellung	95
4.3 Kontextualisierung der Untersuchung und Lesehinweise	97

5 Ergebnisse Gruppe_1: „...weil wir gemerkt haben, dass das Individuum gegenüber dem Kollektiv zu viel Macht hat“	100
5.1 Sinnstiftung und Ausgestaltung der Vergemeinschaftung	101
5.1.1 Gemeinschaft durch Abgrenzung und Konstruktion des Eigenen	101
5.1.2 Gemeinschaft als praktische Herausforderung	114
5.2 Interne Aushandlung gesellschaftlicher Ungleichheitsverhältnisse	122
5.2.1 Entscheidungsfindung und Meinungsbildung	123
5.2.2 Der Platz des Individuums – Umgang mit Dissens	131
5.2.3 Verhandlung gesellschaftlicher Ungleichheitsverhältnisse innerhalb der Gruppe	137
5.3 Öffentlichkeit als Aushandlung eines Innen-aussen-Verhältnis	146
5.3.1 Verhandlung von Mitgliedschaft und Zugehörigkeit	147
5.3.2 (Imaginierte) Öffentlichkeit als Identitätsstiftender Faktor	159
6 Ergebnisse Gruppe_2: „Das Ziel ist ja nicht, dass es uns in 500 Jahren noch gibt und wir dann immer noch auf die Strasse müssen“	168
6.1 Hervorbringung und Etablierung eines kollektiven Kontrastprogramms zum Arbeitsalltag	169
6.1.1 Gegen Isolation und Ohnmacht: Kollektivierung eines vermeintlich individuellen Problems	170
6.1.2 Emotionen als Katalysator einer Vergemeinschaftung	176
6.1.3 Informeller Austausch als Bindeglied zwischen Erwerbsarbeit und politischem	183
6.2 Reflexionen über eine (politische) Handlungsfähigkeit als Gruppe	190
6.2.1 Zwischen Freiwilligkeit und Verpflichtung – Problematisierung von Unverbindlichkeit	190
6.2.2 Bewusste Formalisierung von Gruppenprozessen und Strukturen	196
6.2.3 Erklärung und Deutung der eigenen Gruppenzusammensetzung	202
6.3 Öffentlichkeit als Ressource und Notwendigkeit	211
6.3.1 Adressierung der Öffentlichkeit mittels unterschiedlicher Formen	211
6.3.2 Anschlussfähigkeit als Gruppe an eine ausgewählte Öffentlichkeit	221

7 Fallvergleichende Betrachtungen	229
7.1 Hervorbringung und Gestaltung eines sozialen Möglichkeitsraumes	229
7.2 Teilhabe und Teilnahme an Gruppenprozessen	234
7.3 Öffentlichkeit zwischen Ressource und Bedrohung	237
8 Fazit: Politische Selbstorganisation zwischen Gesellschaftskritik und jugendkulturellem Möglichkeitsraum	241
9 Literatur	249
10 Anhang	261

Vorwort der Reihenherausgeber:innen

„Der Jugendforschung einen Ort geben.“ So lautet der Leitsatz der Publikationsreihe Jugendforschung. Die Reihe möchte Forschungsarbeiten, sei es Qualifikationsarbeiten, Monografien, Sammelbände, Projektberichte, national wie international, zu aktuellen wie historischen Themen, aus einzelnen oder diversen disziplinären Perspektiven zum Ausdruck verhelfen. Sie möchte damit die Jugendforschung und die Forschenden, die sich in dem Bereich der Jugendforschung verankern, stärken und als ein Ort der Dokumentation und des Wissensaustausches dienen. Dass diese Stärkung hilfreich oder sogar notwendig ist, dokumentieren die Bände unserer Reihe in eindrucksvoller Weise. Zugleich geben die Bände Schwung für die Diskussion darüber, was Jugendforschung ist, sein kann und möchte. Dazu trägt auch die vorliegende Studie in hervorragender Weise bei, die die politische Selbstorganisation junger Erwachsener in den Fokus rückt.

Selin Kilic untersucht dabei selbstorganisierte Gruppen in der Schweiz und fragt danach, wie Teilhabe und Teilnahme an Entscheidungsprozessen von jungen Erwachsenen in diesen Gruppen ausgehandelt werden. Die gewonnenen Erkenntnisse tragen dazu bei, das Verhältnis von Selbstorganisationsprozessen und Politik aus jugendtheoretischer Perspektive näher zu bestimmen. In ihrer Untersuchung problematisiert Kilic Peer-Groups als Formen jugendspezifischer Vergemeinschaftung, die Erfahrungs- und Möglichkeitsräume für politische Partizipation eröffnen, jugendkulturelle Praktiken ermöglichen, die immer auch politisch motiviert sein können, und in einem kollektiven Gegenentwurf in Jugendsubkulturbewegungen auf gesellschaftliche Verhältnisse antworten. Dem interpretativen Paradigma folgend legt Selin Kilic eine Ethnografie im Stil der Grounded-Theory-Methodologie vor, in der sie zwei selbstorganisierte politische junge Erwachsenengruppen ins Zentrum ihrer Analyse stellt. Beide Gruppen miteinander vergleichend erarbeitet sie, wie durch Selbstorganisation soziale Möglichkeitsräume hervorgebracht und gestaltet werden, wie Teilhabe und Teilnahme an Gruppenprozessen wahrgenommen und arrangiert werden und wodurch Öffentlichkeit zum zentralen Bezugspunkt für die kollektive Aushandlung politischer Partizipation wird. In den Fokus rücken jugendkulturelle Artikulationsformen und die Auseinandersetzung mit sozialen und politischen Verhältnissen aus Sicht junger Erwachsener, die gesellschaftlich relevante Themen mitgestalten wollen.

Die Studie steht für eine interdisziplinäre Perspektive auf und gegenwartsbezogene Analysen zu Jugend. Sie nimmt aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen in den Blick und bereichert mit Blick auf die Altersentgrenzung der Jugendphase die Jugendforschung, die Jugend als Akteurin gesellschaftlicher Entwicklungen

reflektiert und sich mit dem Verhältnis von Jugend, Politik und Partizipation auseinandersetzt. Vielleicht erreicht auch die vorliegende Studie – und auch das ist Ziel unserer Buchreihe Jugendforschung – nicht nur Forschende an den Hochschulen, sondern auch pädagogisch und erzieherisch Tätige, Menschen in Institutionen und Steuereinrichtungen für Jugend, oder eigentlich all jene, die sich auf eine moderne und lebendige Jugendforschung berufen möchten. Vielleicht motiviert die Studie auch Forschende, selbst ein Buch für die Reihe zu konzipieren und die Chance zu nutzen, mit uns zusammen Jugendforschung zu dokumentieren wie voranzubringen. Die neuen Herausgeber:innen der Reihe Jugendforschung freuen sich auf Einreichungen für die Reihe und nun vor allem auf die Lektüre dieser informativen Studie zur Politischen Selbstorganisation junger Erwachsener die für den Einstieg in weiterführende wissenschaftliche Debatten hervorragend geeignet ist.

Sabine Andresen, Ulrich Bauer, Merle Hinrichsen, Anja Schierbaum und Andreas Zick

1 Einleitung

In der vorliegenden Arbeit wird die politische Selbstorganisation junger Erwachsener in Gruppen im Kontext politischer Partizipation – verstanden als Teilhabe und Teilnahme an gesellschaftlich relevanten Entscheidungsprozessen, sowie auch als Mitbestimmung über die Gestaltung des privaten wie auch öffentlichen Lebens – untersucht. Sie ist im Zusammenhang des vielfach problematisierten Verhältnisses von ‚Jugend und Politik‘ verortet und zielt darauf ab, ausgehend von einem breiten Partizipations- wie auch Politikverständnis einen kritischen Beitrag zu aktuellen Diskussionen um Fragen der politischen Partizipation junger Erwachsener zu leisten.

In einem öffentlich-medial wirksamen Diskurs dominieren oft besorgniserregende Prognosen um eine politisch wenig interessierte Jugend, welche sich in sinkenden Partizipations- und Engagementwerten manifestiere. Demgegenüber gibt es jedoch zahlreiche Studien, welche ein weniger dramatisierendes Bild der Jugend zeichnen und eher von sich verändernden Formen des Engagements sprechen (Mörgele et al. 2016).

Dennoch liegt – besonders in politikwissenschaftlichen Studien – vielen der Analysen über ein Verhältnis von ‚Jugend und Politik‘ ein enges Politikverständnis zugrunde, welches einerseits von systemkonformen Einstellungen ausgeht und dabei vor allem formal institutionalisierte Beteiligungsformen in den Blick nimmt (Wigger et al. 2019). Dieses Verständnis wird einerseits den unterschiedlichen Artikulations- und Beteiligungsformen nicht gerecht und widerspiegelt einen „dem politischen System inhärenten engen Politikbegriff“ (Pfaff 2012, S. 281).

Im Anschluss an die daraus gewonnen Erkenntnisse werden sodann nicht die vorgegebenen und institutionalisierten Beteiligungsformen und Möglichkeiten hinterfragt, sondern es wird eine ‚defizitäre‘ Partizipationskompetenz junger Menschen (Lütgens und Mengilli 2019, S. 115) hinsichtlich der Teilnahme an etablierten und hegemonial akzeptierten Formen einer formal-demokratischen Entscheidungsfindung problematisiert (Wigger et al. 2019, S. 4).

Auch wenn in der sozialwissenschaftlichen Jugendforschung eine Verschiebung eines Diskurses von Jugend als Problem zu Jugend als Ressource und Akteur bezüglich gesellschaftlichen Wandels (Walther et al. 2006) festzustellen ist und dabei zunehmend auch andere Formen von Partizipation anerkannt werden, beispielsweise Freiwilligenarbeit in zivilgesellschaftlichen Initiativen, Demonstrationen, Boykotte oder Petitionen, dominiert ein normatives Verständnis, bei dem Partizipation als Solches als grundlegend erstrebenswert gilt.

Es finden sich so gut wie keine wissenschaftlichen Texte, weder rein theoretische Überlegungen noch Darstellungen empirischer Ergebnisse, in denen Partizipation nicht positiv konnotiert und als etwas Wünschenswertes verhandelt würde. Ein „Mehr“ an Partizipation ist das zugrunde liegende Erkenntnisinteresse, auch wenn dies nicht immer explizit benannt wird. Dies macht den Partizipationsdiskurs unübersichtlich, widersprüchlich und diffus. (Walther 2011, S. 203)

Dadurch lassen sich immer noch Unterscheidungen hinsichtlich ‚richtiger‘ und ‚abweichender‘ Formen der Partizipation feststellen. So mögen gewaltvollen Protesten teilweise politische Motive zugesprochen werden, dennoch werden diese Praktiken selten als politische Partizipation, wie sie als erstrebenswert gilt, anerkannt und stattdessen kriminalisiert. Konformität und eine zugeschriebene allgemeine Relevanz, beispielsweise in Jugendparlamenten oder Schüler:innenorganisationen, gelten als Indikatoren für politische Partizipation, die dann auch als solche benannt wird (Eulenbach et al. 2020, S. 618).

Durch eine konzeptionellen „Engführung“ (Wigger et al. 2019, S. 5) des Politikbegriffes geraten beispielsweise auch vielfältige Formen jugendkultureller Praktiken aus dem Blick. „So lassen sich brennende Autos genauso wie die öffentliche Inszenierung von Skatern als Ausdruck eines Bedürfnisses nach Sichtbarkeit interpretieren“ (Walther 2011, S. 226). Diese Engführung deutet nicht nur auf eine „Vorenthaltung universellen Respektes“ (Eulenbach et al. 2020, S. 623) gegenüber den Jugendlichen hin sondern verweist auch darauf, dass die Heranwachsenden nicht als vollständige Gesellschaftsmitglieder anerkannt und als ein ernstzunehmendes Gegenüber adressiert werden.

Demzufolge bleiben den jungen Erwachsenen aus dieser Perspektive lediglich die Akzeptanz und Übernahme der von den Erwachsenen geschaffenen Strukturen und Institutionen (Wigger et al. 2019, S. 1), wobei die Jugend darauf vorbereitet werden soll vorgegebene Chancen der Partizipation zu nutzen und ihre Partizipationskompetenz schon jetzt zu verbessern (Europäische Kommission 2009).

Dass sich junge Erwachsene jedoch auch bewusst von etablierten Strukturen und Institutionen der politischen Entscheidungsfindung abwenden, diese gar kritisieren und ablehnen, wird in diesem Verständnis häufig vergessen und wird sodann als nonkonformes Verhalten oder als ‚Politikverdrossenheit‘ missbilligt. Mit Blick auf Jugendkultur(en), Jugendbewegungen und Proteste, wie sie sich aktuell in der Klimabewegung (Fridays for Future) oder im Erstarken einer feministischen Bewegung zeigen, wird zwar das Verhältnis von ‚Jugend und Politik‘ erweitert. Trotzdem liegt der Fokus hier auf teilweise flüchtigen, informellen und losen Formen einer politischen Partizipation oder Artikulation, welche sich vor allem durch die Unverbindlichkeit und Spontanität in der Beteiligung kennzeichnen (Niekrenz und Junge 2011, S. 94), anstelle von verbindlichen und kontinuierlichen Organisationsprozessen. Oftmals dominieren hierbei auch methodisch-theoretische Perspektiven auf der Ebene des Individuums, welches sich

den verschiedenen Partizipationsformen anschliessen kann, wobei spezifisch biografische Faktoren oder motivationale Aspekte im Fokus stehen. Bildet das Kollektiv oder eine soziale Gruppe den Forschungsgegenstand, werden insbesondere kollektive Identitäten und Orientierungen herausgearbeitet. Demgegenüber gibt es jedoch auch Formen jenseits bekannter oder etablierter Institutionen, in denen junge Erwachsene eigenständig Strukturen hervorbringen und aufbauen, welche über eine klare Ziel- und Handlungsdimension verfügen.

So versteht beispielsweise Helge Schwiertz (2019) migrantische Kämpfe von jungen Erwachsenen als eine demokratische Praxis, die vielfach nicht wahrgenommen oder als randständig beschrieben wird. Selbstorganisation ergibt sich in diesem Kontext auch durch die verwehrten politischen sowie gesellschaftlichen Partizipationsmöglichkeiten und durch gemeinsam geteilte Erfahrungen von Unterdrückung und Diskriminierung. Mit diesem Blick kann diese Praxis im Kontext einer nationalstaatlichen Institutionalisierung von Demokratie sichtbar gemacht werden und ebenfalls als Ausdruck einer fundamentalen Kritik ebendieser Verhältnisse gelesen werden (ebd., S. 25).

„Spontan assoziiere ich mit dem Begriff Selbstorganisation ein kollektives Handeln von Menschen, das ausserhalb von bestehenden Institutionen und politischen Strukturen stattfindet. Notwendig ist sie überall dort, wo traditionelle Formen der politischen Repräsentation und der Organisation gesellschaftlichen Lebens für die Lebensbedingungen und Interessen von marginalisierten Gruppen blind sind. Selbstorganisation steht für das Handeln von Menschen, die von einer marginalisierten Position aus die Stimme erheben, um anderen nicht mehr das Reden über sie und die Verfügung über ihre Lebensbedingungen zu überlassen. So betrachtet löst die Frage nach Selbstorganisation Hoffnungen auf Formen politischen Handelns aus, die demokratischer und pluralistischer als herkömmliche Verfahren sind.“ (Nowak 2009, S. 346)

Nach Schwiertz und Nowak erhält Selbstorganisation eine ähnlich positive Konnotation wie Partizipation; sie wird also als etwas Wünschenswertes dargestellt. Zudem wird dadurch der Anschein erweckt, Selbstorganisation sei nur dort notwendig, wo objektiv feststellbare Marginalisierung und gesellschaftliche Exklusionserfahrungen vorhanden sind. In diesen Beispielen wird also insbesondere die Art der Selbstorganisation hervorgehoben, welche aus einer gewissen Notwendigkeit und Alternativlosigkeit sowie individueller Handlungsunfähigkeit hervorgeht. Demgegenüber kann Selbstorganisation jedoch auch als eine bewusste Abwendung und Kritik formal-demokratischer Institutionen verstanden werden. Politische Selbstorganisation ist also unweigerlich mit Fragen hinsichtlich Möglichkeiten der Teilhabe an gesellschaftlichen und gemeinschaftlichen Entscheidungsprozessen verbunden. In der vorliegenden Studie wird Selbstorganisation jedoch nicht per se bereits als eine Form der politischen

Partizipation verstanden, da Prozesse politischer Selbstorganisation oftmals erst durch verwehrt Partizipationsmöglichkeiten hervorgebracht werden (vgl. Kapitel 1.1).

Der Blick auf Selbstorganisation als Kontext, in dem politische Partizipation thematisiert und verhandelt wird, hebt zudem eine Handlungs- und Akteursperspektive der jungen Erwachsenen hervor. So werden sie nicht bloss als Objekte verstanden, die ihren Umweltbedingungen und den Erwartungen der Gesellschaft ausgeliefert sind und diese nur akzeptieren und übernehmen sollen, sondern als Subjekte begriffen, welche sich kollektiv selbstbestimmt und eigensinnig mit den gesellschaftlichen Verhältnissen auf ihre Art und Weise auseinandersetzen.

Zudem soll die politische Selbstorganisation nicht als spezifisches jugendkulturelles Phänomen oder als eine jugendkulturelle Praktik oder Artikulationsform an sich begriffen werden, sondern als eine Form von Vergemeinschaftung, welcher sich in diesem Beispiel auch junge Erwachsene bedienen. Trotzdem ist dabei die Frage leitend, inwiefern in den untersuchten Fällen Jugend als Lebenslage wie auch als Lebensphase als relevant zu verstehen ist.

In der vorliegenden Arbeit werden daher nicht konkrete Formen der politischen Partizipation untersucht, sondern es wird danach gefragt, was politische Selbstorganisation für die beteiligten Akteur:innen bedeutet und wie dieser Prozess gestaltet wird. Es geht weniger um eine politische Artikulation, Partizipation oder Praxis gegen aussen, sondern vielmehr um eine Analyse interner Organisationsprozesse. Partizipation spielt also insofern eine Rolle, als sich die Forscherin explizit dafür interessiert, wie Teilhabe und Teilnahme (Schnurr 2018, S. 1126) an Entscheidungsprozessen im Kleinen (innerhalb der Gruppe) wie auch im Grossen (auf gemeinschaftlicher oder gesellschaftlicher Ebene) innerhalb der Gruppe ausgehandelt werden.

1.1 Forschungs- und Diskussionsstand zu politischer Selbstorganisation

Im Anschluss an eine thematische Einleitung in Form eines Problemaufrisses wird in diesem Kapitel der für die Untersuchung relevante Forschungs- wie auch Diskussionsstand aufgearbeitet. Damit wird deutlich gemacht, an welche Erkenntnisse die vorliegende Studie anknüpft, in welchem Kontext sie sich verorten lässt und welche Forschungslücke(n) damit gefüllt werden soll(en). Es werden nicht nur bisherige Erkenntnisse bezüglich Selbstorganisation und Selbstorganisation vorgestellt, sondern es wird auch ausgelotet, wie dieses Feld empirisch wie auch theoretisch bearbeitet wurde und wie dieses Phänomen zu

einem sozialwissenschaftlichen Forschungsgegenstand gemacht wurde resp. gemacht wird.

Der Fokus liegt dabei auf einer bewussten Engführung des Forschungskontextes, was sich darin zeigt, dass ein allgemeiner Erkenntnisstand mit Blick auf das Verhältnis von Jugend und Politik ausgeblendet wird. So wird also explizit nur ein spezifischer Bereich der politischen Partizipation oder des Kontextes fokussiert, in dem Fragen von politischer Partizipation verhandelt werden.

Selbstorganisation Jugendlicher als sozialpädagogisches Handlungsfeld

Selbstorganisation als Konzept und normativer Richtwert ist in der professionellen Sozialpädagogik weit verbreitet. So wird die Förderung einer aktiven Selbstorganisation von Kindern und Jugendlichen thematisiert. Beispielhaft können entweder die offene Kinder- und Jugendarbeit (OKJA) genannt werden (Schwerthelm und Sturzenhecker 2021) oder Jugendverbände, welche in diesem Kontext als Bindeglied und Schnittstelle zwischen Jugendarbeit und politischem Handeln Heranwachsender verstanden werden (Schäfer 2019). In beiden Fällen folgt das sozialpädagogische Praxis- und Handlungsverständnis der Grundannahme, dass Kinder und Jugendliche eigene und selbstgestaltete Freiräume und Organisationsformen benötigen, in denen sie zusammen mit Gleichaltrigen jenseits von Familie und Schule ihren Interessen nachgehen können (Schäfer 2019, S. 161). In Abgrenzung zu einem neoliberalen Verständnis von Selbstorganisation als Selbststeuerung des Individuums bedeutet Selbstorganisation hierbei, dass sich Kinder und Jugendliche eigeninitiativ und selbstbestimmt zusammenschließen, ihre Interessen organisieren und diese kollektiv umsetzen können (Schwerthelm und Sturzenhecker 2021, S. 340). Durch ein gemeinsames Diskutieren und Planen von Projekten, Aktionen und Aktivitäten wird die kollektive Meinungsbildung angeregt und Prozesse der non-formalen politischen Bildung werden angestoßen (Schäfer 2019, S. 161). Darüber hinaus kann diese „Organisation von unten“ (ebd.) als jugendpolitische Interessensvertretung fungieren, wobei die Heranwachsenden lernen, ihre Interessen nach aussen gegenüber Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit (Schäfer 2019, S. 161) zu artikulieren und sich in formal-demokratische Prozesse einzubringen.

Obgleich die vorliegende Studie nicht spezifisch im Kontext sozialpädagogischer Handlungspraxis verortet ist, soll im Folgenden auf zwei zentrale empirische Studien hingewiesen werden, welche sich mit der Bedeutung einer Selbstorganisation von Jugendlichen als Befähigung gesellschaftlicher Teilhabe auseinandersetzen. Denn beiden gemein ist die Frage nach der Gestaltung von Prozessen der Selbstorganisation und die Ambivalenz, ob und inwieweit Selbstorganisation überhaupt von Erwachsenen und Professionellen angeleitet und gefördert werden kann.

Peter-Ulrich Wendt beispielsweise untersuchte in seiner Dissertation Handlungspraktiken und Handlungsorientierungen sozialpädagogischer Fachkräfte

in ihrer Unterstützung jugendlicher Selbstorganisationsprozesse (Wendt 2005). Diese Perspektive nimmt zwar die Eigeninitiative und Eigenständigkeit der Jugendlichen in den Blick, bleibt aber der Logik verhaftet, dass auch Selbstorganisation von Erwachsenen gefördert oder unterstützt werden kann. Timo Weinachts (Weinacht 2002) Studie bewegt sich ebenfalls im Kontext der Sozialpädagogik, fokussiert jedoch vor allem Kontextfaktoren und handlungspraktische Gelingensbedingungen beim Aufbau eines selbstorganisierten Jugendzentrums. Neben einer Befragung involvierter sozialpädagogischer Professioneller führte Weinacht Interviews mit Jugendlichen durch. Den Forschungskontext bilden zwei selbstorganisierte Jugendzentrumsinitiativen. Es werden jedoch weniger die expliziten Prozesse der jugendlichen Selbstorganisation als vielmehr die institutionelle Selbstverwaltung von Jugendhäusern durch Jugendliche thematisiert. Die Unterstützung der Selbstorganisation wird hier zum professionellen Mandat, wobei Weinacht auf den Widerspruch zwischen Institution, Profession und Selbstverwaltung aufmerksam macht. In diesem Zusammenhang stehen die pädagogischen Fachkräfte den Jugendlichen eher beratend zur Seite, als dass sie eine Kontrollfunktion ausüben würden. Aufschlussreich ist auch analytische Spannungsverhältnis zwischen Partizipation, Selbstorganisation und Institutionalisierung, das Weinacht in seiner Studie aufgreift und kritisch reflektiert.

Die Selbstorganisation von Jugendlichen gilt in diesen Verständnissen als etwas Positives und als ein erstrebenswertes Ideal jugendlicher Vergemeinschaftung. Aus sozialpädagogischer Perspektive wird davon ausgegangen, dass diese gefördert und unterstützt werden kann oder auch soll, indem Professionelle den Heranwachsenden geeignete Räume zur Verfügung stellen und ihnen bei diesem Prozess beratend zur Seite stehen. Der normative Gehalt dieser Perspektive auf Selbstorganisation wird dadurch deutlich, dass Selbstorganisation als Kontext verstanden wird, in dem Kinder und Jugendliche ihre Partizipationskompetenzen verbessern und ‚Demokratie lernen‘ können. Dadurch wird für die Kinder und Jugendlichen ein geschützter Rahmen hervorgebracht, in welchem sie ihre Interessen zwar selbst artikulieren und verfolgen können, die Struktur jedoch von Erwachsenen vorgegeben ist. Nicht zuletzt lässt sich hierbei auch ein sozialisatorischer Anspruch erkennen, wobei die Kinder und Jugendliche auf ihre Leben in der Gesellschaft der Erwachsenen vorbereitet werden.

Selbstorganisation als Kritik gesellschaftlicher Verhältnisse und bewusster Gegenentwurf

Wird Selbstorganisation als etwas angesehen, das gefördert und unterstützt werden kann, stellt sich die Frage, wie stark dieser Prozess als selbstbestimmt und eigeninitiativ von den beteiligten Akteur:innen gedeutet wird. In diesem Teil werden explizit Studien vorgestellt, in welchen zum einen Selbstorganisation als bewusster Gegenentwurf zu hegemonialen Lebensstilen und Praktiken einer bürgerlichen Gesellschaft konzipiert wird und in welchen zum anderen Selbst-

organisation als Abgrenzung von formalen und institutionalisierten Formen der politischen Partizipation verstanden wird.

Im Rahmen des im EU-Forschungsprogramm Horizon 2020 geförderten Forschungsprojekts „Spaces and Styles of Participation. Formal, non-formal and informal possibilities of young people’s participation in European cities“ (PARTISPACE) wurden in acht Ländern formale, nonformale und informelle Formen der politischen Partizipation junger Erwachsener untersucht (PARTISPACE – Formal, non-formal and informal possibilities of young people’s participation in European cities 2022; Pohl et al. 2019; Wigger et al. 2019). Ausgehend von einem breiten Partizipationsverständnis, welches vielfältige Formen jugendkultureller Praktiken in den Blick nimmt, und orientiert an einem offenen und explorativen Vorgehen, wurden vielfältige Kontexte identifiziert, in denen junge Erwachsene an Entscheidungsprozessen teilhaben, welche ihr Leben und das Leben ihrer Gemeinschaft beeinflussen. Für die vorliegende Untersuchung ist der Fall eines linksalternativen selbstverwalteten Zentrums in Frankfurt am Main von besonderem Interesse.

Denn die Forscher:innen sehen in der Schaffung eines solchen Ortes den Wunsch nach gesellschaftlicher Veränderung. So wurde das Zentrum als möglichst hierarchiefreier und niederschwellig zugänglicher Ort gestaltet, welcher offen für Bewohner:innen des Stadtteils sein sollte. Die Akteur:innen begreifen ihr Projekt als unkommerziell und arbeiten nach eigenen Aussagen basisdemokratisch und konsensorientiert. Trotzdem gehen die Erschaffung und vor allem Aufrechterhaltung dieses Ortes mit ambivalenten Erfahrungen einher. „Der Anspruch, gleichzeitig Informalität und Stabilität, Geborgenheit und Offenheit zu balancieren, schlägt sich zum einen in der basisdemokratischen Selbstverwaltung durch ein offenes Plenum, zum anderen in einer Vielzahl von Regeln der Hausnutzung und des gegenseitigen Umgangs nieder“ (Eulenbach et al. 2020, S. 621). Auch wenn Selbstorganisation und Selbstverwaltung in diesem gross angelegten Projekt nur als eine von diversen Formen politischer Partizipation verstanden werden sind vor allem die Erkenntnisse hinsichtlich des kollektiven Prozesses um die Gestaltung dieses Ortes aufschlussreich.

Demgegenüber befasst sich Affolderbach (2019) in seiner Dissertation explizit mit Selbstorganisationsprozessen junger Erwachsener. Im Fokus seiner Arbeit stehen junge Erwachsene, welche sich in einer antirassistischen Initiative zusammenschlossen und in qualitativen Interviews über ihre Erfahrungen bezüglich ihres Organisationsprozesses erzählten. Affolderbach konzeptualisiert Selbstorganisation als eine Form gegenhegemonialer Praxis und sieht darin die Hervorbringung einer Gegenöffentlichkeit oder auch ‚Öffentlichkeit von unten‘. So vertritt er die These, dass Gegenöffentlichkeit und Öffentlichkeit in einem ambivalenten Verhältnis zueinander stehen, wobei Öffentlichkeit als Deutungszusammenhang und Praxis ein umkämpftes Feld bildet. Die Selbstorganisation der Jugendlichen als politische Praxis von unten eröffnet ihnen dabei einen *Möglich-*

keitsraum für Erfahrungen von Selbstverfügung. So wird für Affolderbach (2019, S. 294) dadurch gesellschaftliche Veränderung als eine öffentliche erfahrbar und die Herausbildung dieser Gegenöffentlichkeit wird als eine Praxis der „Bildung des Sozialen“ und „Bildung am Sozialen“ (Kunstreich und May 1999, S. 44) verstanden. Einen kollektivitätsstiftenden Bezugspunkt bilden gemeinsam geteilte Erfahrungen, zum einen als Schüler:innen, zum anderen als Einwohner:innen einer deutschen Kleinstadt, sowie freundschaftliche Beziehungen, die sich daraus ergeben haben. Ein gemeinsam geteiltes Verständnis des Politischen, mit Orientierung an basisdemokratischen Formen des gemeinschaftlichen Zusammenlebens und Zusammenarbeitens, bildet den ideologischen Referenzrahmen. Basisdemokratie wird dabei als Mittel und Methode verstanden, die einem konstanten Aushandlungsprozess unterliegen und sich nicht nur auf einen internen Entscheidungsfindungsprozess beziehen, sondern das Grundideal einer gegenhegemonialen Praxis bilden. So erweisen sich vor allem Widersprüche und Konfliktlinien bezüglich Fragen der kollektiven Gruppenpraxis als wesentliche Lernfelder, in denen sich die Akteure in ihren unterschiedlichen Positionen aufeinander beziehen und Lernprozesse im Aushandeln von Unterschieden und Gemeinsamkeiten initiieren können. „Gemeinsames Handeln im Sinne einer erweiterten Handlungsfähigkeit entwickelt sich aus der Herstellung von Zusammenhängen, aus den Auseinandersetzungen um die Dinge, denen sie eine Bedeutung beimessen“ (Affolderbach 2019, S. 294).

Ebenfalls im linksalternativen Kontext lässt sich Alexandra Ommerts (2016) Dissertation über den Ladyfest-Aktivismus verorten. In ihrer Untersuchung sprach sie mit Personen einer lokalen Ortsgruppe, welche das jährliche Ladyfest, einen queerfeministischen Anlass, organisieren. Dabei untersuchte sie insbesondere Erzählungen über das eigene Engagement, die Aufschluss über das Selbstverständnis der Aktivist:innen geben. Die kollektive Zusammenarbeit, welche auf Eigeninitiative und einer Abgrenzung von etablierten Institutionen und Strukturen beruht, fasst Ommert in ihrem Vorgehen analytisch als informelle Selbstorganisation. Dabei orientiert sie sich am Feldbegriff des ‚Do-It-Yourself‘, welcher ebendiese Perspektiven zusammenfasst und in bestimmten Kontexten auch für eine nichthierarchische oder profitorientierte Form der Zusammenarbeit steht. „Der DIY-Anspruch beschreibt somit eine spezifische und subkulturell konnotierte Form der informellen Selbstorganisation, die im Ladyfest-Aktivismus eine wichtige Rolle spielt“ (Ommert 2016, S. 121). Auch Ommert schliesst an die Erkenntnis an, dass Selbstorganisation Selbstwirksamkeit und Empowerment fördert, aber auch als ein ideologischer Richtwert unter den Aktivist:innen gehandhabt wird. So wird Selbstorganisation auch inhaltlich mit Ansprüchen an ein demokratisches Zusammensein gefüllt. Die Möglichkeit der informellen und niederschweligen Beteiligung an Selbstorganisation ist von substantzieller Bedeutung. So sind auch Fragen der Teilhabe an Gruppenprozessen und damit an Entscheidungsprozessen stets Gegenstand kollektiver Aushandlung, um einen

möglichst inklusiven Raum zu schaffen (Ommert 2016, S. 133). Folglich ist es für die Aktivist:innen wichtig, Wissen möglichst hierarchiefrei zugänglich zu machen und sich gegenseitig in der Wissensvermittlung wie auch -aneignung zu unterstützen. Dabei distanzieren sie sich bis zu einem gewissen Grad von professionellem oder theoretischem Wissen und orientieren sich an konkreten Methoden, Fertigkeiten und Fähigkeiten, die für ihren Aktivismus hilfreich sind (Ommert 2016, S. 130).

Den hier skizzierten empirischen Studien gemein ist ihr Fokus auf Selbstorganisation als bewusst gewählte Form der Vergemeinschaftung. Die Organisationsformen der untersuchten Gruppen und Gemeinschaften verstehen sich als basisdemokratisch, antiinstitutionell, unkommerziell und konsensorientiert (vgl. dazu auch Haunss 2004). Sie kennzeichnen sich durch ihre Gesellschaftskritik und ein gemeinsam geteiltes Verständnis darüber, dass aktuelle Verhältnisse veränderbar sind.

Das gemeinschaftliche Miteinander im Kleinen dient als Gegenentwurf zu einer kritisierten bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft und deren Funktionsweisen sowie auch als Ort für eine experimentelle Verwirklichung alternativer Lebensformen. „Dabei werden im Kleinen alternative gesellschaftliche Lebensmodelle erprobt, indem sich Menschen zusammenschließen, um den Lebensweisen, die sich im Zuge der Moderne ausgebildet haben, eine Alternative entgegenzusetzen“ (Grundmann 2011, S. 278).

Im Anschluss an Grundmanns Forschungen zu intentionalen Gemeinschaften (Grundmann 2018, 2011), wie sie sich beispielsweise in Kommunen wiederfinden, ist hervorzuheben, dass in diesen Beispielen Gemeinschaft als eine bewusste Wahl und Entscheidung verstanden wird, die durch den relativen Wohlstand der beteiligten Personen, welche sich in seinem Fall einem akademisch-intellektuellen Milieu zuordnen liessen, erst ermöglicht wird.

Gemeinschaft sieht er demnach als Verhandlungssache, welche, orientiert an einer normativen Vorstellung des Zusammenlebens, von den Akteur:innen im konkreten Austausch immer wieder von Neuem hergestellt wird. So konstituieren sich diese Gruppenzusammenhänge letztlich auch über die kollektive Aushandlung geteilter Norm- und Wertvorstellungen.

Selbstorganisation aufgrund und trotz prekären Lebenslagen

Dass politische Selbstorganisation jedoch nicht immer (nur) Ausdruck eines ideologischen Grundverständnisses über gemeinschaftliches und gesellschaftliches Zusammenleben ist, sondern auch als Notwendigkeit aufseiten prekarierteter und marginalisierter Personengruppen verstanden werden kann, wird anhand der folgenden empirischen Untersuchungen dargelegt. So kann die dadurch aufgeworfene Gesellschaftskritik aus expliziten Erfahrungen von gesellschaftlichem Ausschluss, verwehrtten Partizipationsmöglichkeiten wie auch Diskriminierung und Stigmatisierung resultieren. Im Folgenden werden exem-

plarisches Studien über politische Selbstorganisation in den Bereichen Sexarbeit, Flucht und Migration vorgestellt, wobei unterschiedliche Differenz- und Ungleichheitskategorien, die dieses Feld strukturieren, beispielsweise Geschlecht, Aufenthaltsstatus und Ethnizität sowie Alter, beleuchtet werden.

Joana Lilli Hofstetter (2022) befragte und begleitete in ihrer zweijährigen ethnografischen Studie Sexarbeiter:innen, welche sich gemeinsam organisiert hatten, um ein geplantes Prostitutionsgesetz zu verhindern. In diesem sahen die Sexarbeiter:innen eine Verletzung ihrer Grundrechte sowie die Gefahr einer zunehmenden Diskriminierung und Stigmatisierung. Hofstetter hebt hierbei die widrigen sozialen und gesellschaftlichen Bedingungen hervor, unter denen die Betroffenen versuchen, politische Handlungsfähigkeit zu erlangen. Zudem beleuchtet sie interne Konfliktlinien im Organisationsprozess, welche durch die unterschiedlichen und teils schwierig zu vereinbarenden Lebensrealitäten und Betroffenheiten von Sexarbeitenden geprägt sind, sowie die herausfordernde Bündnispolitik. Denn die Akteur:innen waren in ihrem Kampf zwar stark auf Unterstützung angewiesen, pflegten jedoch ein ambivalentes Verhältnis zu Parteien und Gewerkschaften, welche als politisch machtvolle Subjekte anzusehen sind (Hofstetter 2022, S. 34). Beratungsstellen, welche unterstützend mitwirkten, verfügten jedoch nur über eine begrenzte politische Handlungsfähigkeit. Der Organisationsprozess gestaltete sich vor allem insofern herausfordernd, als es schwierig war, die unterschiedlichen Lebensrealitäten von Mehrfachmarginalisierten zusammenzubringen und gemeinsame Forderungen auszuarbeiten (Hofstetter 2022, S. 38).

Im aktuellen Forschungsdiskurs zu politischer Selbstorganisation dominieren Studien zu Selbstorganisation von Migrant:innen und/oder geflüchteten Personen als politischen Subjekten (Schwenken 2000). In diesem Kontext sind die Arbeiten von Helen Schwenken (2015, 2000, 2008), welche den Fokus auf Migrantinnen als politisches Subjekt legt, wie auch das Dissertationsprojekt von Helge Schwiertz, welcher Selbstorganisationsprozesse junger Geflüchteter in Deutschland und den USA untersuchte (2015; 2019, 2021), hervorzuheben. Beide Studien sollen inhaltlich kurz skizziert werden, da sie nicht nur aufgrund ihrer Ergebnisse aufschlussreich für die vorliegende Untersuchung sind, sondern sich auch durch ihre analytischen und theoretischen Blickwinkel auf den Gegenstand der politischen Selbstorganisation auszeichnen.

Helen Schwenken verortet sich mit ihrer Forschung zu Selbstorganisationsprozessen von Migrantinnen theoretisch wie auch empirisch im Bereich der sozialen Bewegungen (2000, 2008). Sie fokussiert selbstorganisierte Migrantinnen, welche im sozialwissenschaftlichen Diskurs immer noch unterrepräsentiert seien, vor allem im Kontext wie auch im Verhältnis zur ‚deutschen‘ Frauenbewegung (Schwenken 2008, S. 902). Dabei distanziert sie sich von der verbreiteten analytischen Trennung zwischen Selbsthilfegruppen und politischen Organisationen, da sich aus ihrer Perspektive die Haupttätigkeiten der selbstorganisierten

Initiativen in ebendiesem Feld von gegenseitiger Unterstützung, Beratung wie auch politischer Einmischung bewegen (Schwenken 2000, S. 905). In ihrer Dissertation verfolgt Schwenken diese Frage vertieft und fokussiert in einer Fallstudie politische Mobilisierungsprozesse von Migrantinnenorganisationen (Schwenken 2015). Für die vorliegende Untersuchung ist insbesondere der Blick auf die Erschliessung von Handlungsspielräumen und gesellschaftspolitische Forderungen aufschlussreich. Bewusst wählt sie den Zugang sozialwissenschaftlicher Bewegungsforschung, um so auch weniger machtvollen Akteure sichtbar zu machen. Selbstorganisation bedeutet in diesem Kontext einerseits die Erlangung politischer Handlungsfähigkeit, andererseits aber auch erfahrene Selbstermächtigung durch die Vergemeinschaftung. Tragend dabei sind die subjektiven Erfahrungen, welche kollektiviert und in diesem Prozess politisiert werden. So werden bis anhin unhinterfragte und hingenommene Lebensbedingungen als gesellschaftlich veränderbar konzipiert. Mit dem Anschluss an soziale Bewegungen öffnet Schwenken den Blick und geht über eine Lokalisierung dieser Initiativen innerhalb nationalstaatlicher Kontexte hinaus. So zeigt sie auf, wie Migrantinnenorganisationen selbst Teil grösserer Netzwerke mit transnationaler Ausrichtung sind.

Stefan Rother (2020) spricht in diesem Zusammenhang von einer ‚governance von unten‘, welche sich in der Formierung über mehrere Politikebenen zeigt und die Perspektive der Inter- und Transnationalität aufgreift sowie erweitert. Vor allem im Kontext von Flucht und Migration sei es wichtig, dass lokale Organisationen in nationale, regionale und globale Netzwerke eingebettet sind, wo sie ihre konkreten Anliegen einbringen und Interessen artikulieren können. Auch hier geht die Selbstorganisation zwar von einem nationalstaatlichen Kontext aus, kritisiert diesen aber gleichermassen, indem Rother dafür plädiert, sich darüber hinaus zu formieren und zu organisieren (ebd., S. 173).

Helge Schwiertz (2019) verfolgt in seiner Arbeit eine radikaldemokratische Perspektive, welche im kritischen Verhältnis zu einer nationalstaatlichen Institutionalisierung von Demokratie steht und zahlreiche nicht wahrgenommene oder als ‚randständig‘ beschriebene politische Praxen erst sichtbar macht. Anhand zweier Fälle selbstorganisierter migrantischer Jugendlicher in Deutschland und den USA untersucht Schwiertz in einem multimethodischen Vorgehen (teilnehmende Beobachtung, Interviews und Dokumentenanalyse) deren politische Praxis. In seinen Analysen kommt er zum Schluss, dass diese Form einer ‚gegenhegemonialen Praxis‘ bestehende Verhältnisse nationaler Demokratieregime erst infrage stellt und kritisiert; „sie verweisen auf das Politische der radikalen Kontingenz und Konflikthaftigkeit von Gesellschaft“ (Schwiertz 2019, S. 317). Zwei zentrale Aspekte aus seinen Analysen sollen im Folgenden erläutert werden, da sie für die Konzeption des Untersuchungsgegenstandes wie auch die Einordnung der Ergebnisse der vorliegenden Studie von Bedeutung sind. Erstens versteht Schwiertz die beiden untersuchten Formen von Selbstorganisation in einem

2 Theoretische Grundlagen

In diesem Kapitel werden die theoretischen Vorannahmen und Perspektiven, die für die empirische Untersuchung sowie die Datenanalyse leitend waren, vorgestellt werden. Es ist es wesentlich, von Vorannahmen und theoretischen Perspektiven zu sprechen – und nicht von einem ausgearbeiteten theoretischen Modell auszugehen, welches dann den Daten „übergestülpt“ wird. Theorie und Empirie bilden in der vorliegenden Studie ein wechselseitiges, aufeinander bezogenes Verhältnis (vgl. dazu Kapitel 3 und 4). „Theorie leitet Empirie an, und Empirie bringt Theorie in die Krise“ (Bereswill und Rieker 2008, S. 400).

Die Theoretisierung des Untersuchungsgegenstandes orientiert sich an der Logik, wie sich dieser der Forscherin gegenüber im Feld präsentiert hat. So basieren die theoretischen Vorüberlegungen vor allem auf der Selbstbezeichnung der beiden Gruppen: selbstorganisierte politische Jugendgruppen resp. Gruppen junger Erwachsener. Das bedeutet folglich, dass zunächst Begriffs- sowie eine Konzeptbestimmung zu Gruppe und Kollektivität vorgenommen werden. Leitende Fragen sind dabei, wie soziale Gruppen zu definieren sind, wie sich diese konstituieren und was das gemeinschaftsstiftende und verbindende Element dabei ist. Diese Herangehensweise erscheint der Autorin zentral, um den Forschungsgegenstand von informelleren und loserer Formen der Vergemeinschaftung, beispielsweise sozialen Bewegungen, abzugrenzen und danach zu fragen, wie Gruppe und Organisationsprozesse im Verhältnis zueinanderstehen.

Im zweiten Teil liegt der Fokus auf jugendtheoretischen Überlegungen. Dies ist dadurch bedingt, dass die Studie sich einerseits im Bereich der Jugendforschung verortet und zweitens sich beide Gruppen auch explizit über ihr Alter resp. ihre generationsspezifische Lage definieren. Im Zentrum dieses Kapitels stehen vor allem unterschiedliche Formen jugendlicher Vergemeinschaftung sowie deren Funktion und Bedeutung für die Heranwachsenden. Darauf aufbauend werden besonders Formen der Vergemeinschaftung und der Kollektivierung betrachtet, anhand derer sich ein Verhältnis zwischen den Jugendlichen und dem Politischen, ausgehend von einem breiteren Partizipationsverständnis, bestimmen lässt. So wird erläutert, inwiefern diese Formen der Vergemeinschaftung auch als Ausdruck politischer Artikulation und Partizipation verstanden werden können. Es wird jedoch bewusst darauf verzichtet, ein Verhältnis von Jugend und Politik näher zu theoretisieren oder einzugrenzen, da genau dieses Verhältnis auch Teil der Forschungsfrage ist und den Analysen sowie den Ergebnissen nicht vorweggenommen werden soll.

2.1 (Politische) Selbstorganisation als soziale Vergemeinschaftung

In diesem Kapitel wird die Kategorie Jugend zunächst aussen vor gelassen. So soll zuerst geklärt werden, wie das soziale Phänomen der Gruppe als eine Form der Vergemeinschaftung und Kollektivität von Menschen theoretisch sowie konzeptionell, jenseits ihrer sozialisatorischen Funktion für Heranwachsende, skizziert werden kann.

Vergemeinschaftung dient hierbei als übergeordneter Begriff, wobei jegliche Formen menschlichen Austausches und menschlicher Interaktionen über einen bestimmten Zeitrahmen subsummiert werden. Gruppe wird dann als spezifischer Modus dieser Sozialität begriffen – und Kollektivität als Eigenschaft, welche einer Gruppe inhärent ist und diese zusammenhält.

Gruppentheoretische Perspektiven

Ob als Selbstbezeichnung oder Fremdzuschreibung – man begegnet Gruppen und Gruppenzusammenhängen in unterschiedlichen Sphären des Alltags. Aus sozialwissenschaftlicher Perspektive handelt es sich jedoch um ein diffuses Konzept, welches unterschiedlich gefasst und ausformuliert wird. Ein homogenes Verständnis davon, was unter einer sozialen Gruppe verstanden wird, wie sich diese im Alltag zeigt und welche Funktionen ihr zukommen, lässt sich nicht finden. Aus diesen Gründen plädiert Neidhardt (2017) dafür, Gruppe als analytische Kategorie zu fassen, welche sich zu empirischen Entitäten auf eine theoretisch steuerbare Weise verhält (Neidhardt 2017, S. 434). Während Neidhardt sich schlussfolgernd diesem sozialen Phänomen auf einer systemtheoretischen Perspektive annähert, soll in diesem Kapitel der Blick erweitert werden. Jedoch soll Gruppe als analytisches Konzept verstanden werden und es sollen unterschiedliche Blickwinkel darauf kurz vorgestellt werden, anhand welcher aufgezeigt wird, welche Erkenntnispotenziale damit verbunden sind.

Ausgehend von Schäfers eng gefasster Definition werden zunächst spezifische Merkmale und Aspekte von Gruppen betrachtet. So umfasst für ihn eine Gruppe

eine bestimmte Zahl von Mitgliedern (Gruppenmitglieder), die zu Erreichung eines gemeinsamen Ziels (Gruppenziel) über längere Zeit in einem relativ kontinuierlichen Kommunikations- und Interaktionsprozess stehen und ein Gefühl der Zusammengehörigkeit (Wir-Gefühl) entwickeln. [...]. (Schäfers 1999, S. 20)

Die Gruppe wird hierbei als ein soziales System, in welchem Personen in einem regelmässigen Kontakt zueinanderstehen, verstanden. Die Intensität dieser Beziehungen der Gruppenmitglieder kann jedoch variieren. Stabilere Formen zeigen sich durch „relativ feste, wechselseitige Verhaltenserwartungen aneinander“ (Luhmann 1976, S. 34). In diesen Gebilden setzt sich die Gruppe aus einem be-

stimmten unverwechselbaren Kreis aus Mitgliedern zusammen, wobei Abwesenheiten von Personen auffallen. Diese Interaktionen untereinander bilden einen spezifischen Sinnzusammenhang von Handlungen. Dieser Sinnzusammenhang unterscheidet sich von anderen sozialen Systemen und konstituiert sich unter besonderen, noch zu bestimmenden Bedingungen. Ausgehend von diesen systemtheoretischen Überlegungen leitet sich ab, dass, wenn über Gruppen gesprochen wird, jeweils zwischen einer Innen- und einer Aussenwelt zu differenzieren ist. Auch Brubaker versteht soziale Gruppen im Allgemeinen als ein „gemeinsam interagierendes, erkennendes und orientierendes Kollektiv [...], das wirksam kommuniziert und durch Solidarität, gemeinsames Selbstbild und gemeinsame Praxis nach aussen abgegrenzt ist“ (Brubaker 2007, S. 23).

Gruppen, welche über ein implizit ausgearbeitetes Regelwerk verfügen, das sich vor allem in Normen und Werten, welche handlungsleitend für die Gruppenmitglieder sind, widerspiegelt, können als *informelle Gruppen* bezeichnet werden. Die Informalität bezieht sich vornehmlich auf die interne Ordnung, welche nicht auf strengen Vorgaben oder Regeln beruht, und eher im Hintergrund der Subjekte ausgearbeitet wird. Die Gruppenbildung wird von Preyer (2012, S. 103) als persönlich motiviert, affektiv sowie emotional diffus beschrieben. Die persönliche Orientierung und Beziehung unter den Gruppenmitgliedern sind zentral, wobei die Beziehungen eher mittelfristig als langfristig sind. Es gibt keine formalen Regeln der Interaktion oder der Kommunikation. Im Unterschied zu Organisationen gibt es keine institutionalisierten Verfahren zur Änderung dieser Normen (Tyrell 1983, S. 80).

Wird die interne Ordnung der Gruppe von externen Faktoren bestimmt, kann von *formellen Gruppen* gesprochen werden. Im Unterschied zu den *informellen Gruppen* sind diese nicht symbiotisch angelegt, sondern durch externe Regeln und Erwartungen, wie Statuten, Satzungen und Anweisungen, konstituiert. Auch ihre Kommunikations- und Interaktionssysteme sind formalisiert. Ein zentrales Differenzmerkmal stellt dabei überdies die Festhaltung von Mitgliedschaft dar, welche einen Ein- und Austritt von Mitgliedern regelt. Bedingungen für eine Mitgliedschaft sind festgehalten und klar.

Für die vorliegende Untersuchung ist besonders die Frage der Rolle des Individuums in der Gruppe und somit auch das Verhältnis von Individuum und Kollektiv von Interesse. So ist die informelle Gruppe stärker durch einzelne Personen sowie ihre Anwesen- oder Abwesenheit geprägt, während in formellen Gruppen Mitglieder austauschbar sind, da die Struktur der Gruppe auch jenseits einer Person existiert.

Wird die Qualität der Beziehungs- und Interaktionsformen, welche die Gruppenmitglieder untereinander pflegen, fokussiert, bietet sich die Unterscheidung zwischen *Primär-* und *Sekundärgruppen* an. Dabei stehen jedoch nicht nur die Reziprozität der Mitglieder und das Verhältnis zueinander im Zentrum, sondern dies

gilt ebenso für die Frage, welchen Zweck die Mitgliedschaft für ein Individuum erfüllt.

Cooleys Konzept der *Primärgruppen* greift nicht bloss den sozialisatorischen Gehalt der Gruppe für das Individuum auf, sondern erweitert diesen durch eine demokratietheoretische Perspektive. Diese Formen von sozialen Zusammenhängen, wie es beispielsweise Familien, Cliques oder Freundeskreise sind, sind persönlich orientiert und beruhen auf einem dauernden Nahkontakt der Gruppenmitglieder. Schubert (1995, S. 344) bezeichnet *Primärgruppen* als eine intermediäre Instanz zwischen Individuum und Gesellschaft. Nach Quent Quent (2015, S. 53–62) kommt diesen auch die Rolle der Vermittlerin zwischen Individuum und Gesellschaft zu. Die Mitgliedschaft ist zwar nicht formal geregelt, kann aber mit entsprechenden Ritualen der Kommunikation einhergehen. Die intimen Face-to-Face-Beziehungen, welche auf Reziprozität beruhen, bilden den Grundstein für die primäre Sozialisation. So entwickeln Gruppenmitglieder – auch durch Perspektivenübernahme – Individualität sowie Sozialität. Durch konkrete Handlungen, welche in dieser Gemeinschaft stattfinden, entfalten sich moralische Überzeugungen oder Vorstellungen von Gerechtigkeit. Diese bilden den Grundstein für eine demokratische Lebensform, welche nach Cooley der eigentlichen Natur des Menschen entspricht und sich nur in den *Primärgruppen* entfalten kann. In diesen Gruppen lernen Individuen die Perspektivenübernahme (Cooley und Rieff 1983; Schubert 1995).

Auch wenn *Primärgruppen* ein Sinn und ein Zweck für das Individuum sowie seine Entwicklung zugeschrieben werden können, zeigen sich diese nicht auf einer expliziten Ebene. Demgegenüber unterscheiden sich *Sekundärgruppen*, in welchen die Beziehungen der Mitglieder einen sachlich-rationalen Charakter aufweisen und zweckgerichtet motiviert sind. *Sekundärgruppen* sind aber nicht mit *formellen Gruppen* gleichzusetzen, da sie nicht durch externe Bedingungen konstituiert sein müssen (Preyer 2012, S. 102). Als Beispiel und zur Veranschaulichung für die in dieser Arbeit präsentierten Analysen soll auf Durkheims Konzept der *Berufsgruppe* (2012) verwiesen werden.

Um aus der Vereinzelung herauszukommen, müsse sich das Individuum wieder in eine Gruppe integrieren, um Solidarität und Anerkennung zu erfahren. Die Annahme, dass dies die *Berufsgruppe* leisten kann, basiert auf Durkheims Zeitdiagnose, welche auch über ein Jahrhundert später noch zutrifft, d. h., dass die berufliche Tätigkeit eine überragende Bedeutung im Leben eines Einzelnen hat (Durkheim 2012, S. 44). So schliessen sich Mitglieder desselben Berufes zusammen und bilden „ein moralisches Milieu“ (ebd., S. 53). Durch kontinuierlichen Kontakt bilden sich gemeinsame Anschauungen und wechselseitige solidarische Gefühle (Abels 2019, S. 273).

Sobald im Schoss einer politischen Gesellschaft eine bestimmte Anzahl von Individuen Ideen, Interessen, Gefühle und Beschäftigungen gemeinsam haben, die der Rest